



MISSION PERMANENTE D'OBSERVATION
DE LA SUISSE AUPRÈS DES NATIONS UNIES

BERICHT UEBER DIE 46. TAGUNG
DER GENERALVERSAMMLUNG DER VEREINTEN NATIONEN

New York, 17. September - 20. Dezember 1991

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Vorbemerkung	2
I. Gesamtbeurteilung	3
a) Stagnation am Vorabend einer "neuen UNO"?	3
b) Der Sicherheitsrat im Vordergrund	5
c) Der schweizerische UNO-Beitritt - echtes oder unechtes Dilemma?	8
II. Die Arbeit der Generalversammlung und ihrer Ausschüsse	11
a) Generalversammlung	11
b) Erster Ausschuss (Sicherheitspolitik und Abrüstung)	12
c) Politischer Sonderausschuss (friedens- erhaltende Operationen und Informations- fragen)	15
d) Zweiter Ausschuss (Wirtschaft und Finanzen)	17
e) Dritter Ausschuss (Soziales, Humanitäres, Kultur)	21
f) Vierter Ausschuss (Entkolonisierung)	25
g) Fünfter Ausschuss (Verwaltung und Budget)	26
h) Sechster Ausschuss (Rechtsfragen)	27
Anhang: Zusammensetzung der schweizerischen Delegation	30

VORBEMERKUNG

Wie in früheren Jahren hat die Ständige Beobachtermission über die Arbeiten auch der 46. UNO-Vollversammlung nach Massgabe des Interesses der verschiedensten Bundesbehörden laufend berichtet. Dasselbe galt für die Generaldebatte, die jeweils die ersten drei Wochen in Anspruch nimmt und auf der zahlreiche Staats- und Regierungschefs gewissermassen "den Ton setzen".

Der nachfolgende Bericht ist anderer Natur. Da er sich an eine weitere, an Einzelfragen weniger interessierte Leserschaft wendet, will er der politischen Grundstimmung der 46. Tagung der Generalversammlung nachgehen und will er im Vergleich mit früheren Tagungen allfällige neue Tendenzen aufzeigen. Dies gilt auch für Teil II.

Der Bericht, dessen Verteilung der Direktion für Internationale Organisationen des Departements für Auswärtige Angelegenheiten überlassen bleibt, will sich, ungeachtet der unterschiedlichen Urheberschaft der einzelnen Abschnitte, als ein Gemeinschaftswerk verstanden wissen. Für die Gesamtwertung trägt der Unterzeichnete die Verantwortung.

Der Chef der Ständigen Beobachtermission
bei den Vereinten Nationen in New York



(Dieter Chenaux-Repond, Botschafter)

New York, 9. Januar 1991

I. Gesamtbeurteilung

a) Stagnation am Vorabend einer "neuen UNO"?

Die am 20. Dezember 1991 unterbrochene 46. Tagung der UNO-Vollversammlung (unterbrochen, weil sie zur Behandlung einzelner, akuter Fragen jederzeit wieder einberufen werden kann, bis sie am Vortag der Eröffnung ihrer Nachfolgerin im kommenden September formell abgeschlossen wird) brachte wenig Erregendes. Sie hatte schon Mühe, sich auf einen Tagungspräsidenten zu einigen. Es kam zu einer Kampfwahl, aus welcher der Ständige Delegierte Saudi Arabiens, Botschafter Samir S. Shihabi als Sieger hervorging. Das Ergebnis war nicht nur eine Folge des Golfkriegs (Saudi Arabien an der Seite der Vereinigten Staaten, aber mächtig genug, um nicht deren Vasall zu sein), sondern kam auch den Debatten der Generalversammlung entschieden zugute; denn Shihabi ist seit Jahren Chef der Ständigen Vertretung Saudi Arabiens und mit der "Handhabung" der Generalversammlung besser vertraut als es Aussenminister sind.

Die Wahl des Präsidenten ist eine notwendige Formalität; dasselbe gilt für die Aufnahme neuer UNO-Mitglieder. Diesmal waren die drei baltischen Staaten, die beiden Korea, die mikronesische Föderation und die Marschall-Inseln an der Reihe. Damit zählen die Vereinten Nationen nun 166 Vollmitglieder. Es wären deren 168, hätte die Bundesrepublik Deutschland nicht die ehemalige DDR aufgesogen und hätten die beiden Yemen sich nicht wieder zusammengeschlossen. Noch vor drei Monaten berichtete diese Mission, die Absicht San Marinos, zu Beginn der kommenden 47. Tagung der Generalversammlung die Mitgliedschaft anzustreben, werde die Mitgliederzahl dann wohl für eine Weile stabilisieren, bis auch die Schweiz das Unerhörte wage, ihre Kandidatur anzumelden. Inzwischen haben die Konvulsionen in Osteuropa neue Perspektiven eröffnet: Der Zerfall der Sowjetunion, vermutlich wohl

auch Jugoslawiens, vielleicht gar der Tschechoslowakei, dürften den Vereinten Nationen bald mehr als ein Dutzend neue Mitglieder zuführen. Die meisten unter ihnen werden grosse Mühe bekunden, das UNO-Budget zu alimentieren...

Vielleicht liegt in dieser an sich uninteressanten Kompilation der Schlüssel zur Beantwortung der Frage, warum der 46. Tagung der UNO-Generalversammlung beinahe aller Schwung gebrach: Viele Jahre lang war die berechtigte Hoffnung verbreitet, die Vereinten Nationen würden ihren notwendigen Auftrag an die Hand nehmen können, wenn einmal endlich die fruchtlosen ideologischen Debatten überwunden seien. Nun, diese sind beinahe bloss noch Erinnerung. Zudem: Südafrika steht im Begriff, in den Kreis allseits respektierter Staaten zurückzukehren; und selbst dem Verhältnis Israels zu den Vereinten Nationen sollte der ärgste Stachel genommen sein, seitdem die Generalversammlung im vergangenen Dezember unter amerikanischem Druck mit sehr grosser Mehrheit ihre bald zwanzig Jahre alte "Zionismus = Rassismus" - Resolution widerrufen hat.

Indessen haben alle diese Vorgänge vorerst keine neuen Energien freisetzen vermocht, vielmehr zeigen sie so etwas wie Erschöpfung an; der Kommunismus hat sich erschöpft, und mit ihm beinahe sämtliche seiner ferngesteuerten "Tochterfirmen", die ganze Weltgegenden jahrzehntelang mehr oder weniger beherrscht hatten. Die OPEC ist erschöpft, weil sie den Erdölpreis zumindest vorläufig nicht mehr diktieren kann. Die arabischen Staaten sind erschöpft, weil der Golfkrieg sie nicht geeint hat. Westeuropa ist, wenn auch gewiss nicht erschöpft, so doch vollauf mit den unerwarteten Vulkanausbrüchen in Zentral- und Osteuropa beschäftigt. Afrika und weite Teile Lateinamerikas erschöpfen sich an der offenbaren Nichtüberwindbarkeit ihrer Massenarmut und der schwindenden Bereitschaft der zunehmend anderswo verpflichteten westlichen Industriestaaten, ihnen weiterzuhelfen.

Die Vereinigten Staaten sind als einzige Weltmacht übriggeblieben, hauptsächlich weil die andern abgetreten sind. Aber deutliche Zeichen der Erschöpfung gibt es auch hier, oder genauer: Krisensymptome als Folge allzu einseitiger Mittelzuweisung.

Japan ist nicht erschöpft, weil es - auf seine Art - seine Bücher in Ordnung hält. Und das Riesenreich China übt sich in der UNO in dem, was man - ein Widerspruch in sich selbst - eklatante Unauffälligkeit nennen könnte.

Unter diesen Umständen von einer "neuen UNO" zu sprechen, wie es im Zeichen des Golfkrieges überall geschehen ist, wäre verwegen. Die UN-Generalversammlung als Treffpunkt der Staaten wartet darauf, dass die Welt einen neuen Aggregatzustand annimmt. Sie ist aus dem Rausch unterschiedlicher ideologischer Selbstrechtfertigung erwacht - erwacht in den Tag grauer Ernüchterung. Eine "neue UNO" kann es erst geben, wenn die Karten neu verteilt sind, konkret: wenn wir wissen, welche dauerhaften neuen Unionen und Allianzen zusammengeschiedet werden und welche Trümpfe sie in der Hand halten.

b) Der Sicherheitsrat im Vordergrund

Es ist nur natürlich, dass in dieser Lage das "Nachtwächter"- oder Sachwalterorgan der Vereinten Nationen, dass der Sicherheitsrat wieder in den Vordergrund tritt. War die Welt (mit Ausnahme der Millionen von unterprivilegierten Arabern) an der Jahreswende 1990/91 nicht fasziniert von dem geölten Funktionieren des obersten Organs der Vereinten Nationen bei der militärischen Niederringung des irakischen Diktators? Damals begann das Gerede von der "neuen UNO", das auch einen Teil der Schweizer Massenmedien und eine nicht geringe Anzahl Parlamentarier zu der an den Bundesrat gerichteten Aufforderung ermunterte, einen schweizerischen UNO-Beitritt sobald als möglich im zweiten Anlauf zu versuchen.

Und tatsächlich wurde der UN-Sicherheitsrat in den vergangenen zwei Jahren - im Gegensatz zur Generalversammlung - immer wieder tätig. Zu seinen hochgemuten Beschlüssen gehörte die Uebernahme des Westsahara-Mandats, das bis Ende Dezember 1991 unter der Leitung des schweizerischen Botschafters Johannes Manz als dem Sonderbeauftragten des UN-Generalsekretärs stand. Kambodscha soll auf der Grundlage eines Beschlusses des Sicherheitsrats demokratisch rekonstruiert werden. (Bis zur Stunde ist als einzige Folge die landesweite Legitimierung der Roten Khmer zu verzeichnen.) In Jugoslawien müssten, wenn es noch etwas zu retten gibt, Zehntausende von Blauhelmen eingesetzt werden.

Sind dies wirklich Anzeichen einer neuen, auf der Basis der UNO-Charta energisch betriebenen, besseren Weltordnung? Jede "vor Ort" gesammelte Erfahrung drängt zu dem Urteil, dass auch der Sicherheitsrat nicht aus eigener Entschlusskraft als friedensstiftende Weltordnungsmacht auftritt. Vielmehr legt man ihm ein vergiftetes Geschenk nach dem andern vor die Haustür mit der Absicht, die Entgegennahme durch die Staatengemeinschaft in der Generalversammlung absegnen zu lassen. Weder kümmert sich irgend jemand seriös um die Finanzierungsfrage solcher vom ordentlichen Budget nicht abgedeckter friedenserhaltender Massnahmen, sondern selbst der ordentliche UNO-Haushalt liegt im Argen wie eh und je, weil in erster Linie die Vereinigten Staaten ihre unter Ex-Präsident Reagan aufgelaufenen Schulden zurückliegender Jahre aus ihren neuerdings wieder voll erbrachten Jahresbeiträgen begleichen lassen. Mit neuen Mitteln werden also lediglich alte Löcher gestopft.

Ein Streiflicht: Es war die Schweiz, Nichtmitglied der UNO, die, auf beinahe verzweifeltes Bitten des UN-Generalsekretärs hin, willens und in der Lage war, dreimal Vermittlungsmissionen von Cyrus Vance, dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Jugoslawien, logistisch zu organisieren und zu finanzieren...

Man mag über solche materiellen Widrigkeiten hinwegsehen. Man kann den Stellenwert, den die Staatengemeinschaft - allen voran die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats - den Vereinten Nationen einzuräumen bereit ist, auch messen an der Entschlossenheit, das Werk des Ende Dezember 1991 nach zehnjähriger, im Zeichen hoher Integrität und Selbstbescheidung ausgeübter Amtszeit zurückgetretenen Javier Perez de Cuellar durch frühzeitige, einvernehmliche Einigung auf einen fähigen Nachfolger forsetzen zu lassen. Indessen war die, beinahe in letzter Stunde zustandegekommene, Wahl des bisherigen ägyptischen Vizeministerpräsidenten Boutros Ghali zum neuen UN-Generalsekretär Ergebnis eines langen Seilziehens, das Zweifel aufkommen lässt an dem Format und vor allem an der Manövrierfreiheit, das die Mitglieder des Sicherheitsrates dem zukünftigen Generalsekretär einzuräumen bereit sind. Dass die Wahl schliesslich auf den bestmöglichen Bewerber fiel - er ist, wie Perez de Cuellar, ein Freund der Schweiz -, verdient Erwähnung ebenso wie die Vermutung, dass sich ein Aegyptier mit an vermehrter Effizienz orientierten Strukturreformen vermutlich noch schwerer tun wird als etwa ein Europäer. Bedenkt man ferner, dass Aegypten Bestandteil jenes Teils unserer Erde ist, wo die Gegensätze vielleicht am schärfsten aufeinanderprallen, so kann man dem neuen Generalsekretär nur von Herzen das Beste wünschen.

So erscheint denn die Zukunft der Vereinten Nationen als durchaus ungewiss. Dass ist keineswegs ein herablassendes Urteil. Denn auch die Zukunft der Welt ist unsicher. Man rede indessen nicht von einer "neuen UNO", solange die Welt die alte ist. Denn gerade die "neue Welt", d.h. die Vereinigten Staaten von Amerika, die als einzig übriggebliebene Weltmacht fortleben, sind sich immer weniger sicher, wozu ihr strotzendes und extrem kostspieliges Waffenarsenal bei drückenden andern Bedürfnissen im Einsatz öffentlicher Mittel noch von Nutzen ist, seitdem "der Feind" abgetreten ist - ein Gefühl, das ja auch uns Schweizern nicht vollkommen fremd sein dürfte...

c) Der schweizerische UNO-Beitritt - echtes oder unechtes Dilemma?

Es sei vorweggenommen: Unser Land hat mit dem Generalsekretariat der Vereinten Nationen keine Probleme - im Gegenteil: wir sind sehr wohl gelitten. Der Grund ist einfach zu finden: der Bundesrat hat im Einverständnis mit dem Parlament und mit zumindest wohlwollender Duldung der öffentlichen Meinung, ermutigt gewiss auch von einer inzwischen zu Ende gegangenen finanzpolitischen Schönwetterlage, für die Vereinten Nationen in den letzten Jahren mehr getan als mancher Mitgliedstaat. Ihre überproportionalen Beiträge an das UNO-Kinderhilfswerk, an den Flüchtlingshochkommissar, an das UN-Entwicklungsprogramm reichen schon weit zurück. An dieser Stelle sei primär der noch jungen schweizerischen Beiträge an friedenserhaltende Operationen gedacht: finanzielle Leistungen, unbewaffnete Beobachter, Experten, Sanitätstruppen, Flugzeuge und Material, hoffentlich bald auch "Blauhelme". Manche dieser Leistungen erfolgten ganz kurzfristig im Sinne des in-die-Lücke-Springens. Derlei bleibt auf der Ebene des Generalsekretärs und seiner engsten, fachlich zum Teil hervorragend qualifizierten Mitarbeiter, nicht unbemerkt. Der Unterzeichnete, der im Begriff steht, seinen New Yorker Posten nach fast viereinhalb Jahren zu verlassen, hat zu Händen seiner Behörden manch ehrliche Dankesbezeugung entgegennehmen können.

Man möchte hoffen, dass derlei schweizerische Leistungsbereitschaft auch finanzschwächere Jahre überlebt; denn wenn man von der kaum zu widerlegenden Annahme ausgeht, dass die Vereinten Nationen in all ihrer Unvollkommenheit angesichts bedrückender globaler Probleme eine Notwendigkeit darstellen, muss ein Nichtmitgliedstaat sich seine Schrulle - denn um nichts anderes handelt es in den Augen namentlich unserer europäischen Nachbarn - schon etwas kosten lassen.

Damit ist die Frage der schweizerischen UNO-Mitgliedschaft erneut gestellt. Das massive Nein vom März 1986 hatte seine

tiefere Ursache bekanntlich in dem in eigener Regie entschiedenen Stellenwert der schweizerischen Neutralität und Souveränität. Inzwischen sind wir im Begriffe, von diesem Jäger-Hochsitz herabzusteigen - es zeigt sich kein Wild mehr. Eine neue Erfahrung ist derlei nicht. Fünfzehn Jahre mussten ins Land gehen, bis wir den Europarat unserer Mitgliedschaft für würdig hielten. Der Beitritt der Schweiz zum Internationalen Währungsfonds und zur Weltbank hätte unser Potential, wäre er vor zwanzig Jahren erfolgt, entschieden besser zur Entfaltung gebracht.

Aber nun, endlich, veranlasst uns Europa, uns in einer neuen, realistischen Perspektive zu sehen, in der Perspektive der Teilnahme anstelle der Verweigerung. Beinahe alles spricht dafür, dass der Beitritt der Schweiz zu den Vereinten Nationen natürliche Konsequenz unseres Beitritts zur Europäischen Gemeinschaft sein wird. Folge, nicht Voraussetzung, denn das Schweizervolk verweigert sich nun einmal hartnäckig Aufrufen zu abstrakter Solidarität. Sich über die positiven und negativen Seiten dieses Phänomens auszulassen, kann Aufgabe dieses Berichts nicht sein.

Indessen muss man warnen vor den Ansätzen einer UNO-Beitrittseuphorie, die sich aus der dem Besitzbürgertum in aller Welt nicht unbekanntem Befriedigung darüber nährt, dass ein Polizist weitab unserer Tür "für Ordnung und Sicherheit" sorgt. Genau diese (amerikanische) Rolle war es aber, die der UNO in unserem Lande seit dem Sommer 1990 zu unerwartetem Ansehen verholfen hat. Dabei müsste eine UNO, die ihrer eigenen Satzung durch Beauftragung einer einzelnen Macht, zumal der letzten Weltmacht, Nachachtung verleiht, der Schweiz vor dem Hintergrund ihrer traditionellen Neutralitätspolitik eigentlich verdächtiger sein als etwa diejenige, die den Koreakrieg als Kollektiv durchzustehen hatte.

Insofern stehen wir vor einem echten Dilemma. Allein, es steht im Begriff, in die Geschichte einzugehen. Was noch einige Jahre vorhalten dürfte, ist einfach unsere Be-

rührungsscheu, die eine Langzeitwirkung der schweizerischen Hitler-Erfahrung ist. Sie beginnt sich abzubauen. Die Schweiz wird durch die EG zu den Vereinten Nationen gelangen. Ihr UNO-Beitritt könnte in wenigen Jahren ebenso selbstverständlich sein wie unser längst zurückliegender Beitritt zum Weltpostverein, dann nämlich, wenn wir die doppelt positive Wirkung seines praktischen Nutzens und seiner Harmlosigkeit begreifen.

Bis es soweit ist, muss ich unsere Ständige Beobachtermission in New York weiterhin in ihrem Randdasein einrichten. Anstatt mitzubestimmen und überstimmt zu werden (beides gehört nun einmal zusammen), muss sie weiterhin Augen und Ohren schärfen. Freiheit bedeutet dies nicht. Aber man kann sich mit Kurt Tucholskys Einsicht behelfen: "Freiheit ist die Fähigkeit, die Gitterstäbe seines Gefängnisses nicht zu berühren."

II. Die Arbeit der Generalversammlung und ihrer Ausschüsse

a) Assemblée générale

Les travaux en plénière de l'Assemblée resteront dans la mémoire pour deux thèmes importants:

L'annulation de la disposition finale de la résolution 3379 du 10 novembre 1975 assimilant le **sionisme** "à une forme de racisme et de discrimination raciale" a sans doute constitué un des rares temps forts de la 46e session. Les Etats-Unis essayaient d'obtenir depuis plusieurs années la révocation de cette disposition. Ils ont obtenu là un beau succès, après s'être livrés à un travail diplomatique intense, en marge de la session, pour saisir le double momentum de la guerre du Golfe et du processus de paix au Moyen-Orient.

Parrainée par un nombre record de 85 pays, la résolution de deux lignes a été adoptée par 111 voix contre 25 et 13 abstentions. Les pays arabes, divisés sur le sujet, ont marqué leur opposition par le vote négatif ou, plus souverainement, par la non-participation volontaire. La Chine n'a pas participé au vote. Le débat est resté bref et relativement modéré, le processus de paix en cours dictant une certaine retenue aux parties en présence. Les deux principaux arguments invoqués contre la décision furent son caractère prématuré et le précédent dangereux que constitue la révocation d'une résolution.

Ein zweites zentrales Thema für die Generalversammlung bildete die **Verstärkung der Koordination sowie der Effektivität der Aktivitäten des UNO-Systems im humanitären Bereich**. Nach den milde gesagt ernüchternden Erfahrungen während der Golfkrise wurde dies insbesondere von der EG, aber auch von den USA und Kanada als eines der politisch

schwerwichtigsten Themen der diesjährigen UNO-GV deklariert. Folgerichtig befasste sich denn auch eine Ad-hoc Arbeitsgruppe des Plenums in wochenlangen Verhandlungen mit diesem Traktandenpunkt. Insbesondere gegen den Widerstand der Entwicklungsländer, die als Resultat dieser Verhandlungen den Faden des als Damoklesschwert über ihrer nationalen Souveränität hängenden humanitären Intervention reißen sahen, aber auch wider die japanischen Bedenken gegen zusätzliche Budgetaufwendungen durch die UNO gelang es, die Stelle eines dem UNO-Generalsekretär direkt unterstellten humanitären Koordinators zu schaffen, dem als Hauptinstrument ein US\$ 50 Mio. umfassender Nothilfefonds zur Seite gestellt wird. Welche Verbesserungen diese Umstrukturierung in der Praxis zeitigen wird, hängt in erster Linie von der Person des noch zu bestimmenden Koordinators ab. Diesen heiklen Entscheid - als Kandidaten werden inoffiziell u.a. Saddrudin Aga Khan sowie Bernhard Kouchner genannt - wird der neue Generalsekretär bereits bald nach seinem Amtsantritt zu fällen haben.

b) Première Commission

On avait regretté l'année dernière qu'une tentative de réorganisation systématique des travaux de la Première Commission fasse long feu. On se félicite cette année de voir la Commission se réformer d'elle-même, comme une suite logique de l'évolution rapide des relations internationales.

Les tendances observées lors de la 45e session se sont en effet affirmées. Le nombre des résolutions s'est encore contracté, passant à 43 (contre 74 en 1988), dont près des deux tiers ont été adoptées sans vote. La division des travaux de la Première Commission entre désarmement et sécurité internationale est en outre ressentie comme artificielle et dépassée. Le Canada et la Nouvelle-Zélande

L'ont remise en cause dans des interventions remarquées qui sans doute feront école, arguant pertinemment du fait que le désarmement n'est qu'un aspect de la sécurité internationale. Quant au débat, il s'est assagi, rationalisé de lui-même par suite de la redistribution des rapports de force et des influences: il est moins déclamatoire, moins polémique aussi, il se veut plus concret, plus réaliste, plus constructif et s'en retrouve par la force des choses plus concis.

Mise en évidence par la guerre du Golfe qui a montré les conséquences de l'armement excessif d'un Etat, la problématique des transferts internationaux d'armes classiques a dominé les travaux par ailleurs routiniers de la Première Commission. L'établissement d'un **registre international d'armes classiques**, approuvé après d'intenses négociations (par 150 voix, abstentions de l'Irak et de Cuba, non-participation volontaire de la Chine) constitue la première entreprise majeure de l'ONU de l'après-guerre froide en matière de désarmement, et peut être considéré comme un important succès européen.

L'initiative de la résolution visant à l'établissement d'un tel registre revient en effet à la CEE, soutenue par le Japon. Le registre est conçu comme une mesure de transparence et de confiance dont le but est d'encourager la retenue dans le commerce des armes. Au départ vivement combattue par les non-alignés, l'Inde, le Pakistan et l'Egypte en tête, la résolution communautaire a fait l'objet d'un âpre débat nord-sud entre fournisseurs et acquéreurs, entre "have" et "have not". Fruit d'un compromis entre le principe largement reconnu de la réduction des transferts d'armes et les préoccupations des non-alignés (non-discrimination, sécurité), la résolution finalement adoptée prévoit l'établissement immédiat d'un registre qui couvrira, dans un premier temps, les transferts d'armes offensives lourdes. Il devrait s'étendre ultérieurement aux stocks militaires, aux "achats liés à la production natio-

nale" et s'ouvrir à d'autres catégories d'armes. La Première Commission a ainsi donné la priorité au **désarmement conventionnel**, le registre constituant la seule nouveauté qui a momentanément éclipsé les autres domaines généralement prédominants des armes nucléaires et chimiques (traités de manière routinière).

Centre de gravité traditionnel du débat sur le désarmement, les **armes nucléaires** n'ont donné lieu cette année qu'à 12 résolutions contre 19 l'année dernière. Il convient de retenir plus particulièrement

- le mariage enfin conclu des deux résolutions relatives à l'interdiction complète des **essais nucléaires**.
- l'échec du Mexique dans sa tentative de réactiver la Conférence d'amendement du PTBT.
- la disparition, faute d'objet, de la résolution relative au **Traité de Tlatelolco**.
- la recrudescence des abstentions ou des votes négatifs sur nombre de résolutions (gel des armements nucléaires, capacités nucléaires de l'Afrique du Sud ou armement nucléaire d'Israël).

Les **armes chimiques et bactériologiques** ont donné lieu aux trois résolutions coutumières adoptées sans vote. L'optimisme était de mise cette année quant à l'avancement prometteur des travaux de la Conférence du désarmement sur le projet de Convention relative aux armes chimiques. La résolution pertinente souligne l'urgence de conclure cette Convention, priant instamment la Conférence de parvenir à un accord définitif en 1992. La **Conférence d'examen** de la Convention relative aux **armes bactériologiques**, dont on se félicite des résultats, fait l'objet d'une deuxième résolution alors que la troisième réaffirme l'importance du **Protocole de Genève de 1925**.

c) Commission politique spéciale

Des thèmes hétéroclites traités par la Commission politique spéciale, il convient de retenir plus particulièrement ceux des **opérations de maintien de la paix** et de l'**information**.

Le débat sur **les opérations de maintien de la paix** (OMP) est resté très pragmatique. Il s'est en effet concentré sur les questions concrètes du **financement** des OMP, de la **formation** du personnel et des **structures institutionnelles**, escamotant les questions conceptuelles, plus délicates mais non moins actuelles de l'**évolution** des OMP et surtout du **rôle préventif** de l'ONU.

La résolution annuelle relative à "**l'étude d'ensemble de toutes les opérations de maintien de la paix sous tous leurs aspects**", adoptée sans vote par l'Assemblée générale, s'est en revanche développée qui met en musique les recommandations du Comité spécial des opérations de maintien de la paix dont la dernière session a été particulièrement substantielle.

Le **financement** des OMP a toujours été problématique. La multiplication récente des opérations, leur complexité et leur coût croissants ne font qu'aggraver une situation financière déjà aiguë. La résolution réaffirme par conséquent la nécessité d'assurer aux OMP une base financière solide, non sans rappeler la **responsabilité collective** des Etats membres à cet égard, c'est-à-dire le fait que le système actuel de contributions obligatoires, reste incontournable, indépendamment de la recherche de sources alternatives de financement. Ce rappel est important dans la mesure où les découverts (plus de 0.5 mia \$) dus aux arriérés de paiement des Etats membres augmentent, alors que les grands contributeurs (97% des coûts sont assumés par une vingtaine de pays occidentaux et les 5 membres permanents du Conseil de sécurité), en particulier les Etats-Unis, le Japon et l'URSS, manifestent une réticence de plus en plus

vive à l'égard du coût croissant d'opérations qui se multiplient. La résolution intègre également dans son considérant une première référence importante aux **activités de rétablissement de la paix** ("peace-making") dans le seul but de fournir une base comptable à une activité dont le financement a été assuré jusqu'ici par des mesures de circonstance. Celles-ci ne suffisent plus vu l'ampleur croissante des activités de bons offices de l'ONU par suite de l'amélioration des relations internationales. Cette référence a également le mérite de consacrer les activités de rétablissement de la paix comme des "moyens importants de **prévention**, de limitation et de règlement des différends". Néanmoins, la résolution est restée au niveau des généralités, qui posent cependant les jalons de la réflexion future: elle reconnaît le **caractère évolutif des OMP** de même que l'utilité de la poursuite du débat sur la **prévention des conflits** (où les non-alignés voient un risque d'ingérence).

La **rationalisation** des services du Secrétariat compétents en matière d'OMP n'est pas une revendication nouvelle; mais elle est d'autant plus pertinente que le Secrétariat, déjà débordé, doit faire face à la croissance rapide des nouvelles opérations. Ses services sont caractérisés par la dispersion des compétences, le cloisonnement des responsabilités, des pôles de décision multiples, une structure complexe qui s'est développée, comme les OMP, au gré des circonstances. C'est pourquoi, l'Assemblée générale demande l'intégration de ces services (pour améliorer planification et coordination) et la désignation d'un "centre de liaison" ("focal point") (pour assurer une meilleure transparence).

L'Assemblée générale a reconfirmé le consensus obtenu l'année dernière sur le délicat sujet de l'**information** en adoptant sans vote la résolution en deux parties que lui soumettait la Commission politique spéciale, sur proposition du Comité de l'Information: "**l'information au service de l'humanité**" d'une part, "**la politique et l'action de l'ONU en matière d'information**" d'autre part.

La question demeure cependant sensible et les non-alignés savent user de l'influence qui leur reste pour jouer le maintien du précieux consensus contre une ouverture plus large de l'Assemblée générale à leurs revendications d'un meilleur équilibre structurel. C'est ainsi que la partie "idéologique" de la résolution s'est enrichie d'un amendement brésilien relatif à l'accès des pays en développement aux techniques de communication de pointe, alors que sa partie "technique" se développait substantiellement sur deux points clefs du débat actuel: les **Centres d'information** de l'ONU et les rapports entre le **Département de l'information** et le Comité de l'information. On revendique pour les premiers un meilleur équilibre de leur distribution géographique et de leurs dotations en ressources financières, matérielles, humaines; on prévoit pour faciliter les seconds, un "mécanisme" informel de consultation entre les sessions du Comité ou selon les besoins, afin de permettre une rationalisation des services du Département ainsi qu'une redéfinition de ses priorités.

d) Deuxième Commission (économique et financière)

Le crû 1991 économique et financier ne s'annonçait pas comme un grand millésime. Plusieurs raisons expliquaient ce profil bas de la Commission économique et financière.

Un "Gentlemen's Agreement" prévoyait que les secteurs couverts par de grandes négociations ou conférences en cours ou à venir (GATT, CNUED, Climat, CNUCED VIII) ne seraient pas abordés, en tout cas quant à la substance.

L'ordre du jour économique et social de l'Assemblée générale est si surchargé qu'il engendre un foisonnement de projets de résolutions très souvent inutiles.

Deux thèmes importants et délicats du ressort de la Deuxième Commission ont été traités directement par l'Assemblée générale (**coordination de l'aide humanitaire d'urgence**, ainsi

que **restructuration et revitalisation en matière économique et sociale**).

La volonté d'obtenir à tout prix des résolutions ou décisions par consensus condamne à la dilution et à la banalisation.

Last, but not least, si elles ont accentué l'imprévisibilité des pays de l'Est, les évolutions économiques et politiques de ces derniers mois en Europe orientale et en Union soviétique ont insécurisé et exacerbé le désarroi du G77 qui se montre beaucoup plus passif que par le passé.

Pourtant la recherche du consensus a failli se heurter à de nombreux échecs. Echecs certains pour les problèmes politiques délicats (opposition des Etats-Unis et d'Israël aux **trois résolutions sur la Palestine**, opposition de l'Irak à la résolution sur les **conséquences écologiques du conflit Koweït/Irak** sur la région du Golfe). Echec également pour la résolution sur les **mesures économiques utilisées pour exercer une pression économique et politique sur les PED**. Echec évité de justesse avec la rupture du "Gentleman's Agreement": proposition du "Groupe de Cairns" élargi d'une résolution sur l'**environnement et les politiques agricoles protectionnistes**; remise en cause de Genève (au profit de New York) pour la dernière réunion du Comité préparatoire pour la Conférence sur le climat; proposition financière en faveur des PMA dans le cadre de la CNUED. D'autre part, plusieurs PED ont éprouvé de grandes difficultés à accepter la conditionnalité entre toute forme d'aide à leur développement et le respect de principes chers aux pays du Nord: c'est pourquoi la Malaisie a mené la Guerre Sainte contre l'**indicateur de liberté humaine** (avec l'appui évident de la Chine) inclu dans le récent **rapport mondial sur le développement humain** du PNUD. Enfin, les difficiles négociations opposant les Etats-Unis au Japon sur la **pêche aux grands filets pélagiques** se sont conclues par un compromis satisfaisant pour les Etats-Unis quant à la substance, le Japon ayant reçu en contre-partie l'assurance d'une visite Bush en 1992.

Im Gegensatz zur letztjährigen GV fand sich der 2. Ausschuss dieses Jahr zu einem Konsens über die **operationellen Aktivitäten** im engeren Sinn zusammen, wenn auch im Hinblick auf die im nächsten Jahr anstehende umfassende "Triannual Policy Review" grosse konzeptuelle Würfe erst gar nicht in Aussicht genommen wurden. Hierzu war nicht nur die Zeit zu knapp - die G 77 unterbreitete ihren Resolutionsentwurf erst Ende November! - sondern waren auch die Befürchtungen zu gross, dass bei einem erneuten Scheitern der Verhandlungen die umfassende und gründliche Durchführung der nächstjährigen Policy-Diskussion und mithin die längerfristige koordinierte Tätigkeit des UNO-Systems für operationelle Aktivitäten in Frage gestellt würde. Das Resultat war denn auch, wie zu erwarten, in erster Linie eine Bestandsaufnahme derjenigen Bereiche, in denen das UNO-System die ihm aufgegebenen Verbesserungen nicht erreicht hat.

Einen mit erheblichem Aufwand erarbeiteten Mini-Erfolg konnten die nordischen Staaten verbuchen, die durch einen prozeduralen Entscheid erreicht haben, dass sich die Organisationssitzung des ECOSOC vom kommenden Februar damit befassen wird, ob die Diskussion des **"Nordic UN-Projekt"** auf die Traktandenliste des "High level"-Segments des nächstjährigen ECOSOC gesetzt wird. Berücksichtigt man die Rührigkeit, welche die nordischen Staaten zur Erreichung dieses prozeduralen Zwischenziels an den Tag legten, ist im Hinblick auf den wünschbaren Erfolg der nordischen Initiative lediglich zu hoffen, dass die nächste Hürde auf diesem Weg mit mehr Entschlossenheit und weniger krampfhaftem Aufwand genommen wird.

Angesichts der sich in der Abschlussphase befindlichen Vorbereitungsarbeiten für die Rio-Konferenz vom kommenden Juni beschränkte sich der 2. Ausschuss damit, die noch erforderlichen prozeduralen Impulse so weit möglich zu vermitteln. Was die **Klimakonvention** anbelangt, kristallisierte sich die Diskussion um die brennende Frage, ob die Abschlussitzung der Prep. Kom. in Genf oder in New York (sic!) stattfinden

soll. Aehnliche Belanglosigkeit prägte die Verhandlungen im Vorfeld der **UNCED**. Hier ging es hauptsächlich darum, wie vielen Delegierten aus Entwicklungsländern die Teilnahme an der letzten Session der UNCED Prep. Kom. durch einen finanziellen Beitrag ermöglicht werden soll. Eine Bemerkung wert ist immerhin das Begehren der EG-Kommission, an die Rio-Konferenz auf dem selben Niveau wie die teilnehmenden Staaten eingeladen zu werden. Diesem Unterfangen war jedoch bislang noch kein Erfolg beschieden, doch dürfte sich die nächste UNCED Prep. Kom. noch einmal damit zu befassen haben.

L'Assemblée générale a adopté pour la deuxième fois par consensus une résolution sur l'**endettement international**, sans avancée quant à la substance.

Les Etats-Unis ont enfin réussi à faire accepter par consensus une résolution sur l'**esprit d'entreprise**, au prix toutefois d'un accessit décerné au rôle des entreprises publiques.

Le projet de résolution sur les **relations Est-Ouest** a provoqué d'après négociations où les pays Est européens et le G77 ont adopté des positions si peu flexibles que les PI ont eu de grands problèmes à se positionner. La référence aux opérations triangulaires (dont le côté PED/Europe Orientale aurait dû être financé par les PI) a donné lieu à de très difficiles négociations. Après les oppositions ou tensions Est-Ouest et Nord-Sud, va-t-on vers un malaise Est-Sud ?

Les autres domaines de la coopération économique internationale n'ont pas enregistré d'avancée importante, notamment la **pauvreté**, les **matières premières**, le **commerce et le développement**, les **ressources humaines** ou **Tchernobyl**. Quant à la **Conférence internationale sur le financement du développement**, elle a été déviée sur une voie de garage (mise à l'ordre du jour de l'Assemblée générale).

Les évolutions en Europe de l'Est et en Union soviétique ainsi que l'hétéroclisme croissant du G77 (dont les membres ne parviennent à s'entendre que sur des points de procédure) amènent à se demander si le système de groupe a encore sa raison d'être. Le précédent du "Groupe de Cairns" élargi fera-t-il école et pourrait-on, à terme, envisager des alliances par thèmes, ce qui impliquerait moult revirements d'alliances au gré des points en discussion ?

Au cours de ses dernières sessions, la Deuxième Commission a démontré qu'elle peut jouer un rôle important dans des domaines techniques très spécifiques (environnement, activités opérationnelles, notamment). En revanche, les thèmes relevant de la compétence d'autres institutions multilatérales (GATT, IBW) ne devraient plus occuper la Deuxième Commission, en tout cas quant à la substance. Plusieurs PED ont déjà montré un certain réalisme dans cette direction. Enfin la revitalisation des Nations Unies en matière économique et sociale devra passer obligatoirement par une sérieuse réduction de l'ordre du jour économique, avec en priorité l'élimination des points caducs.

e) Dritter Ausschuss (Soziales, Humanitäres und Kultur)

Versucht man, eine Bilanz der diesjährigen Generalversammlung aus der Optik der 3. Kommission zu ziehen, so fallen einem folgende Stichworte ein: ruhig, geschäftsmässig, weniger Ideologie und Polemik, dafür mehr pragmatische, themenbezogene Arbeit. Gesamthaft also eine eher positiv zu wertende Generalversammlung, wenn auch noch mehrere inhaltliche und organisatorische Verbesserungsmöglichkeiten bleiben.

In organisatorischer Hinsicht hat sich die an der 45. Generalversammlung angenommene Resolution 45/175 über die Rationalisierung der Arbeit der 3. Kommission bewährt. Die

neue Struktur komprimierte die Arbeit des Ausschusses auf sieben Hauptthemen, nämlich den ECOSOC-Bericht, Rassen-diskriminierung und Selbstbestimmungsrecht, soziale Entwicklung, Frauenförderung, Drogen, Flüchtlinge sowie Menschenrechte. Diese Zusammenfassung erlaubte eine Konzentration auf das Wesentliche, verkürzte die Debatten und reduzierte die Anzahl der Resolutionen (rund 60 statt über 80 an der 45. Generalversammlung). Es ist deshalb nicht weiter erstaunlich, dass das erfolgreiche Modell im kommenden Jahr beibehalten werden wird.

Inhaltlich lassen sich folgende Schwerpunkte setzen:

Im sozialen Bereich ist trotz allseitigen Bemühungen um Konsens und Kompromiss der Nord-Süd-Konflikt immer noch sehr präsent. Die Entwicklungsländer beklagten sich denn auch verschiedentlich, dass der 3. Ausschuss zuviel Wert auf Menschenrechtsfragen lege und die Thematik der sozialen Entwicklung vernachlässige. Obwohl sich die Rhetorik beidseits der Erdhalbkugel entschärft hat, waren einzelne Resolutionsentwürfe, wie z.B. derjenige über soziale Entwicklung immer noch von veralteten Vorstellungen geprägt und konnten von den Industriestaaten nicht ohne Abstimmung hingenommen werden. Im fraglichen Entwurf machten die Entwicklungsländer beispielsweise weiterhin den negativen Ressourcentransfer und die hohen Zinsen für ihre soziale Situation verantwortlich, obwohl sich beide Tendenzen inzwischen umgekehrt haben.

Wichtigstes Ereignis in der **Drogenthematik** war die Verabschiedung einer Resolution, mit welcher die Generalversammlung die Restrukturierung der Drogenkontrolle und Missbrauchsbekämpfung im Rahmen der UNO nach der Schaffung des United Nations Drug Control Programme (UNDCP) genehmigt hat. Das UNDCP fasst drei bisher separat zuständige UNO-Organen zusammen und erlaubt damit eine Konzentration der Kräfte. Um diese Restrukturierung auch wirklich effizient auszugestalten

ten, befürwortet die verabschiedete UNO-Resolution eine möglichst weitgehende organisatorische und finanzielle Autonomie des UNDCP. Die Unterstützung der Neuorganisation durch die Generalversammlung darf als Erfolg für den neugewählten UNDCP-Direktor Giacomelli gewertet werden, der nun zu beweisen haben wird, dass sein Startkredit berechtigt war.

Auch in die **Flüchtlingsdiskussion** scheint etwas Bewegung zu kommen. So bindet die diesjährige UNO-Resolution vermehrt die Herkunftsländer in die Verantwortung für Flüchtlingsströme ein und hält erstmals fest, dass der Missbrauch des Asylverfahrens für das Institut des Asyls selbst und damit für die wirklich politisch Verfolgten schädlich sei. Die Diskussion über grundsätzliche Aspekte der Flüchtlingsproblematik wie dem Spannungsverhältnis zwischen der zunehmenden wirtschaftlichen Motivation des Migrationsproblems und dem Schutz vor politischer Verfolgung dauert jedoch an.

Zentrales Thema der 3. Kommission sind und bleiben jedoch die **Menschenrechte**. Hier warf die 1993 stattfindende Weltkonferenz für Menschenrechte ihre Schatten voraus. Viele Delegationen benützten die Diskussion über die organisatorische Vorbereitung dieses Anlasses, um erneut ihre Positionen zur Konferenzthematik zu bekräftigen. Es scheint sich eine Kontroverse zwischen Nord und Süd rund um die Thematik "individuelle versus kollektive Menschenrechte" abzuzeichnen.

In mehr praktischer Hinsicht kann die Verabschiedung von "Prinzipien zum Schutz der Geisteskranken und zur Verbesserung der psychiatrischen Behandlung" hervorgehoben werden. Der rechtlich nicht verbindliche Katalog von 25 Grundsätzen verschafft dieser Personengruppe persönliche Grundfreiheiten und Verfahrensgarantien, welche sie vor missbräuchlicher psychiatrischer Behandlung schützen sollen. Als weiteren vorzeigbaren Erfolg darf die diesjährige Generalversammlung die Schaffung eines UNO-Koordinators für Wahlhilfe präsentieren. Diese Institution, welche vorläufig ein Ein-Mann-

Betrieb sein wird, dient dazu, Staaten bei der Abhaltung demokratischer Wahlen organisatorisch behilflich zu sein. Während sich der Schlussbericht zur 45. Generalversammlung noch vorsichtig-hoffnungsvoll zu dieser damals noch offenen Frage äusserte (vgl. S. 28f. des Berichtes zur 45. Generalversammlung), ist es nun also dem Chronisten erlaubt, den glücklichen Abschluss der Angelegenheit zu melden.

Innerhalb der Menschenrechtsdiskussion spielen traditionell die Debatten zur Menschenrechtssituation in einzelnen Ländern eine bedeutende Rolle. Hier lagen Gutachten von Sonderberichterstattem zu Afghanistan, El Salvador, Irak sowie Kuwait unter irakischer Besetzung vor. Der letztgenannte Bericht stammte bekanntlich vom Berner Rechtsprofessor Walter Kälin, der sich seiner schwierigen Aufgabe nach übereinstimmender Meinung hervorragend entledigte. Aus aktuellen Anlass wurde aber auch die Lage in Myanmar und in Haiti mittels einer Resolution kritisiert, während das Massaker in Timor zwar rhetorisch, aber nicht in einer Resolution Widerhall fand. Es zeigte sich erneut, dass die bloss namentliche Erwähnung fehlbarer Länder bei den Betroffenen immer noch sehr lebhaft Reaktionen auslöst. Viele Entwicklungsländer fühlten sich ausserdem von den Industriestaaten geschulmeistert und gaben ihrem Unmut teilweise auch unmissverständlich Ausdruck. Obwohl an dieser Form der Debatte wohl auch in Zukunft nichts geändert werden wird, werden einige westliche Delegationen den Stil ihrer Interventionen kritisch überdenken müssen. Dies gilt insbesondere für die Stellungnahme der Zwölf, deren einstündige Gardinenpredigt eher kontraproduktiv war.

Zusammenfassend war es nach Meinung vieler eine harmonischere, kompromissbereitere Generalversammlung als in anderen Jahren. Das weltpolitische Tauwetter scheint also allmählich auch hier seine Früchte zu tragen. Der Abbau der ideologischer Blöcke begünstigte eine sachbezogene Diskussion und eine Hinwendung zu "wirklicher" Arbeit. Bildlich gesprochen klappten nun viele Kollegen zum ersten Mal nach schier end-

losem Dauerregen den Schirm zu - erfreut, aber etwas überrascht und verunsichert über den plötzlichen Sonnenschein. Insgeheim fragten sich aber alle auch, wie lange die Schönwetterperiode wohl anhält...

f) Vierter Ausschuss (Entkolonisierung)

Auch im 4. Ausschuss war ein neuer Wind zu verspüren. Es wurde viel von Reformen gesprochen, und es wurden konkrete Vorschläge diskutiert. Die Debatten waren nicht mehr so stark durch ideologische Gegensätze geprägt.

Doch konnte sich die Mehrheit des Ausschusses nicht durchringen, auf eine provokative Sprache in den Resolutionsentwürfen zu verzichten, was die westlichen Staaten zum Teil hinderte, diesen zuzustimmen. Südafrika erntete traditionsgemäß harsche Kritik, doch war zum ersten Mal auch Positives aus afrikanischem Mund über den Kapstaat zu hören. Die transnationalen Gesellschaften, bisher für die Ausbeutung des schwarzen Erdteiles verantwortlich erklärt, erhielten nicht nur Schelte, sondern, wenn auch mageres, Lob für ihre Entwicklungsarbeit.

Dem 4. Ausschuss bleibt seit Jahren kaum noch substantielle Arbeit; umso mehr Zeit bleibt ihm zur Diskussion zahlloser Petitionen zum Teil obskurer Herkunft. Praktisch jede der 18 nichtautonomen Territorien war mit mehreren, politisch gegensätzlich sprechenden Petitionären vertreten. Deren Sprache ist immer noch vom alten Geist geprägt, und noch dieses Jahr konnte der eifrigste Petitionär, der einige Inselchen im Pazifik vertritt, von seinen Sklavenbrüdern sprechen. Bürokratische Einrichtungen, auch UNO-Strukturen, zögern halt lange, ehe sie untergehen.

g) Fünfter Ausschuss (Verwaltung und Budget)

Fünf grosse Themen lagen dieses Jahr dem 5. Ausschuss vor. Das Budget, das alle zwei Jahre behandelt wird. Die finanzielle Krise der UNO; das Personal, das weltweit unzufrieden ist; die Berechnung der Beiträge der Mitgliedstaaten, umstritten wie eh und jeh; schliesslich die friedenserhaltenden Massnahmen, die in ihren finanziellen Implikationen auszufern drohen.

Der Ausschuss hat es nicht vermocht, diese Themen sachgemäss zu behandeln. Profilierungsversuche einzelner Delegationen prägten die Debatten. Prozedurale Manöver führten zu endlosen, kleinlichen Streitereien.

Einzelne Posten in der Budgetdiskussion zum Beispiel wurden bis zur Sekretärin durchleuchtet, während die Milliardenbeträge für die friedenserhaltenden Massnahmen im Schnellzugstempo ohne grössere Prüfung über die Bühne gingen. (Freilich soll sich ähnliches auch in nationalen Budgetdebatten ereignen ...)

Die vor fünf Jahren beschlossenen Reformen haben offenbar nicht gegriffen. Die Arbeitslast des 5. Ausschusses ist zu gross. Was sich durchsetzte, waren schlussendlich weniger die Argumente, als die physische und psychische Ausdauer der Sitzungsteilnehmer.

Das schliesslich produzierte Budget spiegelt die Hauptanliegen der Vereinten Nationen in den nächsten zwei Jahren wieder: Drogen, humanitäre Belange, Menschenrechte, Umwelt und friedenserhaltende Massnahmen. Die vom Sekretariat vorgeschlagene reale Erhöhung von 0.9 % beziffert sich nach den Diskussionen im 5. Ausschuss auf 0 %, wodurch das Ziel der USA, UK und schliesslich auch der Genfer Gruppe erreicht wurde.

Die Besprechungen betreffend die Beitragsberechnungen sind traditionell ein Forum heftiger Diskussionen, geht es doch hier um das eigene Geld. Dasses hier zu einem Konsens kam, ist dem irischen Koordinator zu verdanken, der es verstand, die diametral entgegenstehenden Ansichten unter einen Hut zu bringen. Es wurden Fortschritte im Hinblick auf eine einfachere Methode der Beitragsberechnung erzielt.

Die Diskussionen in der GV 46 zeigten, dass die Zeit fester Koalitionen im heutigen Zeitpunkt vorbei ist. Die osteuropäischen Staaten haben sich weitgehend den Westeuropäer angeschlossen, und die USSR ist immer dort zu finden, wo Geld eingespart werden kann. Das System des Konsenses, von den Amerikanern vor vier Jahren als Abwehr gegen die Uebermacht der Entwicklungsländer gewünscht, wendet sich heute gegen den Machtanspruch der USA, was sich auch darin zeigt, dass sie sich nicht scheuen, bei Missionschefs gegen missliebige Delegierte zu intervenieren.

Europa dem Osten zugewandt, die USSR mit eigenen Problemen beschäftigt, die Japaner mehr dem fernen Osten zugetan, sind die Afrikaner in der heutigen Konstellation ohne Unterstützung einer finanzstarken Region und somit die grossen Verlierer. Bei versiegenden Geldquellen sind immer mehr Delegationen der Industrieländer der Ansicht, dass Afrika ein Fass ohne Boden sei, seine Chancen gehabt habe, und dass es jetzt an der Zeit sei, lohnendere Ziele anzustreben.

h) Sixième Commission (questions juridiques)

Au cours de ses travaux, la Sixième Commission a grandement bénéficié de la tendance évidente à étendre et renforcer le climat positif qui caractérise actuellement les relations internationales. On remarquera à cet égard qu'un nombre record de projets de résolutions et décisions ont été adoptés durant cette session. La modération des délégations de même

que leur volonté d'aboutir à des compromis ont largement contribué à ce résultat. Sur 14 projets de résolutions, un seul a dû faire l'objet d'un vote enregistré.

Parmi les différents thèmes inscrits au programme de travail, l'examen du **rapport de la Commission du droit international** (CDI) constitue assurément celui qui a suscité le plus grand nombre d'interventions en raison, certes, de l'intérêt et de l'importance des sujets traités, mais également de l'enjeu en vue des élections à la CDI qui ont suivi. D'une manière générale, on a considéré que le projet d'articles de la CDI relatif aux **immunités juridictionnelles des Etats et de leurs biens** constituait un excellent instrument de travail et tenait compte de la tendance moderne en la matière, à savoir un recul de l'immunité absolue au profit de l'immunité restreinte. Il est en principe prévu de convoquer une Conférence de plénipotentiaires pour 1994, en vue de conclure une convention. S'agissant du projet de **code des crimes contre la paix et la sécurité de l'humanité**, les débats ont mis en lumière la nécessité d'une volonté politique pour résoudre les problèmes essentiels encore en suspens: définitions des crimes et de leurs sanctions, création d'une cour pénale internationale ou d'un autre mécanisme juridictionnel pénal de caractère international. En ce qui concerne le **droit relatif aux utilisations des cours d'eau internationaux à des fins autres que la navigation**, la principale pierre d'achoppement réside dans la définition du cours d'eau (international), concept qui est loin de réunir un consensus.

Lors de la prochaine session de l'Assemblée générale, la question du **développement et du renforcement des relations de bon voisinage entre les Etats** ne figurera pas à l'ordre du jour de la Sixième Commission. Celle-ci est en effet parvenue, sans grandes difficultés, à se décharger de ce sujet à caractère davantage politique et moral que juridique.

Le projet d'articles sur les **clauses de la nation la plus**

favorisée constitue un autre thème dont la Sixième Commission n'aura plus à débattre l'année prochaine. Ce projet, élaboré par la CDI, sera simplement porté à l'attention des Etats membres de l'ONU et des organisations intergouvernementales intéressées afin qu'ils le prennent en considération, le cas échéant et selon qu'il conviendra.

L'examen du rapport du Secrétaire général sur la **Décennie des Nations Unies pour le droit international** a mis en évidence la plus grande disposition des Etats à coopérer et à aplanir leurs divergences dans le respect des normes et principes du droit international. A cet égard, on relèvera la tendance à vouloir renforcer le rôle de la Cour internationale de justice de même que celui de la Cour permanente d'arbitrage et encourager le recours à ces instances, de telle sorte qu'il n'est pas exagéré d'affirmer que la question du **règlement pacifique des différends** devrait constituer l'une des pierres angulaires de la Décennie.

S'agissant de la **protection de l'environnement en période de conflit armé**, il a été décidé d'inscrire cette question à l'ordre du jour provisoire de la 47ème session afin d'axer les débats sur les résultats de la 26ème Conférence internationale de la Croix-Rouge et du Croissant-Rouge qui, on l'espère, pourrait se tenir au courant de l'année prochaine.

Les pays en développement n'ont pas réussi à obtenir l'assistance financière qu'ils souhaitent afin d'assurer pleinement leur participation aux différentes réunions de la **Commission des Nations Unies pour le droit commercial international**. En revanche, et en dépit de l'opposition de la majorité des pays industrialisés, ils sont parvenus à leurs fins en ce qui concerne la création d'un groupe de travail chargé d'élaborer les **principes et normes de droit international relatifs au nouvel ordre économique international**. Les plus grands doutes sont toutefois permis quant à la nature des résultats auxquels ce groupe de travail aboutira. En effet, tant la définition du mandat que l'esprit de coopération dans le cadre desquels il conviendrait d'oeuvrer font actuellement défaut.

ANHANG **Zusammensetzung der schweizerischen Delegation
an der 46. Tagung der UNO-Generalversammlung**

Delegationsleitung: Dieter CHENAUX-REPOND
 Botschafter

Erster Ausschuss: Lise FAVRE

Politischer
Sonderausschuss: Lise FAVRE
 Walter WITTWER

Zweiter Ausschuss: André FAIVET
 Minister

 Ivo SIEBER

Dritter Ausschuss: Paul SEGER Joseph RENGGLI

Vierter Ausschuss: Walter WITTWER

Fünfter Ausschuss: Walter WITTWER

Sechster Ausschuss: Paul SEGER Serge GAMMA



p.R. 58.40.1-46^emp AG

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

o.712.1(46e) - RJO/GP

Berne, le 27 janvier 1992

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen
Prière de rappeler cette référence dans la réponse
Pregasi rammentare questo riferimento nella risposta

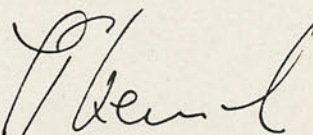
Rapport de la 46ème Session de l'Assemblée générale des Nations Unies

Madame, Monsieur,

Nous vous remettons, en annexe, une copie du rapport sur la 46ème Session de l'Assemblée générale des Nations Unies qui a eu lieu à New York du 17 septembre au 20 décembre 1991. Le rapport a été rédigé par la Mission permanente d'observation de la Suisse auprès des Nations Unies à New York. Il s'agit d'un rapport interne, rédigé partiellement en français et en allemand, qui reflète l'appréciation de cette Mission.

Veuillez agréer, Madame, Monsieur, l'assurance de notre considération distinguée.

Direction des organisations
internationales
Le Directeur



Jean-Pierre Keusch

Annexe mentionnée